



Chance Talumfahrung JETZT nutzen!

Der Bundestag verabschiedete am 02. Dezember 2016 den Bundesverkehrswegeplan in Form eines Ausbaugesetzes einschließlich Finanzierung. Die Talumfahrung Schramberg ist in diesem Ausbaugesetz verankert. Nun ist die Chance gekommen und die CDU Schramberg will diese nutzen.

Die Realisierung eines seit Jahrzehnten von Bürgern und Kommunalpolitikern geforderten Projekts zum Wohle der Menschen in unserer Stadt und auch zum Wohl der gesamten Region, ist damit einen entscheidenden Schritt weitergekommen.

In der Vergangenheit ist kein Jahr vergangen, ohne dass die Talumfahrung auf der politischen Agenda stand. In den politischen Erklärungen der CDU wurde dieses Projekt stets als für Schramberg maßgeblich erwähnt und eingefordert. Und eben nicht nur vor Wahlkämpfen, wie immer mal wieder behauptet wird! Unser Dank gilt deswegen auch insbesondere unserem Abgeordneten Volker Kauder! Es waren alle im Gremium vertretenen Parteien und Fraktionen, die zu einem großen Aktionsbündnis „gegen die Umweltzone und für die Talumfahrung“ zusammengefunden haben.

Das Land Baden-Württemberg ist gefordert die notwendigen Maßnahmen und Planungen mit Nachdruck voran zu treiben. Um nun von Seiten des Landes eine hohe Priorisierung eingeräumt zu bekommen, braucht es eine zusammenfassende, letztlich gesamtstädtische Planung. Darin müssen

die landesspezifischen Kriterien Verkehrsfluss, Verkehrssicherheit, Lärm- und Schadstoffe sowie Nachhaltigkeit besondere Beachtung finden. Weiterhin zu betrachten sind der Nutzen für die Verkehrsentlastung, Umwelt- und Naturschutz sowie die raumordnerische und städtebauliche Bedeutung.

Die CDU-Fraktion sieht die zwingende Notwendigkeit, dass Herr OB Herzog die Aufgaben, die seitens des Regierungspräsidiums oder des Verkehrsministeriums an die Große Kreisstadt Schramberg gestellt werden, aktiv abfragt und bearbeitet sowie eine vorbehaltlos positive Haltung der Großen Kreisstadt Schramberg signalisiert. Es ist Verwaltungsaufgabe diese gesamtstädtische Planung mit höchster Priorität und Intensität voran zu treiben, beständig nach Stuttgart zu kommunizieren und den politischen Willen in Stuttgart einzufordern.

Die CDU-Fraktion befürwortet alle notwendigen Maßnahmen, ggf. auch die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel, die zum Ziel führen.

Freibadmodernisierung: Bürgernutzen wahren – Freibad nicht kaputt sanieren – CDU gibt Marschrichtung vor

Die CDU-Fraktion hat die Vorplanung für die Freibadsanierung in Tennenbronn nicht genehmigt und stattdessen eine Mehrheit für eine Sanierung im Bestand erreicht.

Hier die Gründe für unsere ablehnende Haltung gegenüber der vorgelegten Vorplanung:



(1) Wenn wir auf Basis der jetzt vorliegenden Vorplanung in die weiteren Leistungsphasen eintreten, ist zu befürchten, dass am Ende zu wenig Nutzen und Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger in einem dann „kaputt“ sanierten Bad entstehen. Insbesondere treibt uns der starke Verlust der Wasserfläche von 1.273m² auf 731m² bei V1 = 57,5%; (Reduzierung >40%) und der mögliche Verlust von Attraktivität um.

(2) Überdies bietet die jetzt vorgelegte Planung zu wenig Kostentransparenz und Klarheit. Wir können es nicht verantworten, dass sehr viel öffentliches Geld investiert wird und wir mangels Klarheit nicht genau wissen, was am Ende des Tages dabei herauskommt.

(3) Auch im Ortschaftsrat hat sich klar gezeigt, dass man mit den jetzt vorgelegten Vorplanungen so nicht glücklich ist und um das schöne Freibad fürchtet.

(4) Bisher konnte auch keine Klarheit über genehmigungsrechtliche Sachverhalte (Parkplätze etc.) gegeben werden – dies ist aber für die weitere Kostenklarheit und das weitere Prozedere aus unserer Sicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt unerlässlich.

Gleichzeitig wurde unser Antrag für eine Sanierung im Bestand, wie folgt, mit deutlicher Mehrheit angenommen:

Es sind Besichtigungen verschiedener sanierter Freibäder sowie Informationseinholung über Technik, Vorgehensweise und Sanierungsschritte durch den Gemeinderat und gegebenenfalls Bürger durchzuführen. Das ist inzwischen

geschehen und hat uns interessante Einblicke gebracht!

Die Arbeitsgruppe soll einen Anforderungskatalog unter der Maßgabe der Sanierung im Bestand und mit den Erkenntnissen aus den besichtigten Bädern und unter Berücksichtigung des finanziellen Rahmens definieren. Dieser ist vor weiteren Maßnahmen im GR vorzustellen und zu beraten.

Im Frühjahr nach der Bäderbesichtigung und Beratung im GR soll eine neue Vorplanung mit Kostentransparenz aller erforderlichen Maßnahmen vorgestellt werden.

Nach der Bäderbesichtigung ist eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, um Meinungen und Stimmungen der Bevölkerung aufzunehmen und in den Prozess einfließen lassen zu können.

Es sind alle Maßnahmen vorrangig, die keine baurechtlichen Verfahren mit sich bringen. Die Verwaltung wird beauftragt, Klarheit zum Thema Stellplätze und Lärmschutz zu schaffen.

Die CDU-Fraktion spricht sich mit Nachdruck für den Erhalt des städtischen Freibads in Tennenbronn aus. Das nach wie vor schön angelegte Freibad soll mit seinen Attraktionen weitestgehend erhalten bleiben. Die von uns vorgetragenen Verfahrensschritte sollen ohne Zeitverzögerung angegangen werden, so dass schnellstmöglich, jedoch für die Bedürfnisse in optimaler Weise saniert werden kann.



Es geht der CDU-Fraktion vor allen Dingen um den Erhalt des attraktiven Freibads und darum den Nutzen für die Bevölkerung hoch zu halten. Wir wollen dessen Beliebtheit erhalten.

Schulentwicklung endlich zum Abschluss bringen – Verwaltung handelt mit Machbarkeitsstudie unklug – CDU: „Wer Luftschlösser baut, wird Enttäuschung“ ernten.

Nach Jahren der Diskussion braucht Schramberg endlich eine klare Lösung für die Schulentwicklung, die vor allen Dingen auch die Eltern wollen und die attraktiv für Schülerinnen und Schüler ist. In die nun noch schwierigere Situation hat uns die Verwaltung mit einem politisch unklugen Vorgehen gebracht. Die CDU-Fraktion ärgert das insbesondere, weil wir bereits im Dezember 2015 einen Beschluss beantragt haben, der genau diese Situation vermeiden wollte. Die Verwaltung wurde vom Gemeinderat am 10. Dezember 2015 beauftragt folgende Fragen ergänzend zur Machbarkeitsstudie zu klären und **gemeinsam** mit der Machbarkeitsstudie zur Beratung vorzulegen:

Eine Zeitschiene unter Berücksichtigung des finanziellen Spielraums und mögliche Umsetzungsschritte für eine Realisierung.

Dies ist nicht geschehen. Vielmehr hat OB Herzog – gegen unser Votum - die Machbarkeitsstudie in einer Bürgerinformation vorgestellt, ohne geprüft zu haben, ob die Konzepte überhaupt realisierbar sind. Wir haben damals formuliert „**wer Luftschlösser baut wird Enttäuschung ernten.**“ Leider ist es so

gekommen, wie wir es als CDU-Fraktion befürchtet haben.

Nun gilt es einen klaren Schritt zu machen. Dazu haben wir die Festschreibung der Realschule vorgeschlagen, was der Gemeinderat auch so befürwortet hat. Wir konnten uns allerdings nicht durchsetzen deren Standort auch gleich in der Talstadt zu fixieren. Vielmehr wurde nun seitens der anderen Fraktionen um eine nochmalige Expertenrunde gebeten, die noch im Frühjahr stattfindet. Unseres Erachtens müssen dann vor dem Sommer endgültige Entscheidungen auch zu den Standorten der Schulen fallen.

Im Übrigen möchten wir nochmal die Schulleitungen aber auch die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer bitten, ihre Schule mit ihrem positiven pädagogischen Konzept den Eltern vorzustellen – attraktive Schule wird nicht vom Gemeinderat, sondern von der Schule selbst gemacht.

Anfrage: Plakatierung an der Oberndorfer Straße –Zeit zu handeln

Nochmals angefragt haben wir die Verwaltung, Maßnahmen gegen die hässliche und störende Plakatierung entlang der Oberndorfer Straße/B462 zu ergreifen. Wir haben hierzu bereits mehrfach alternative Vorschläge, wie Plakatstellen, Litfaßsäulen oder elektronische Anzeigen, vorgebracht. Sollte die Verwaltung hier bis zu Sommerpause keine Lösungen präsentieren, so haben wir einen entsprechenden Antrag angekündigt.



Anfrage zu vergleichenden Haushaltsstrukturzahlen

Ebenso haben wir um Vorlage vergleichender Zahlen zur Haushaltsstruktur gebeten. Hintergrund ist, dass die Große Kreisstadt Schramberg Schwierigkeiten hat nach Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht einen positiven Ergebnishaushalt darzustellen. Wir brauchen als Gemeinderäte deswegen einen vergleichenden Blick in Haushalte von Kommunen ähnlicher Größenordnung und Größenstruktur.

Schramberg, 7.4.2017
Clemens Maurer